

völkerrechtlichen Normen der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten erfaßt notwendig das gesamte **System der internationalen Staatenbeziehungen** und verändert es. Mit den Fortschritten dieser Politik werden schrittweise die dem Imperialismus wesenseigenen zwischenstaatlichen Beziehungen der Gewalt und der Unterwerfung der schwachen durch die stärkeren Länder aus den internationalen Beziehungen verdrängt und durch allgemein-demokratische Normen ersetzt. Das begünstigt die Bedingungen für die Entfaltung der Aktionen der revolutionären, anti-imperialistischen Kräfte. Diese Aktionen sind wiederum von großer Bedeutung für die weitere Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, denn diese Prinzipien stehen ihrem Wesen nach den Gepflogenheiten imperialistischer Gewaltpolitik direkt entgegen. Es sind vor allem die wachsende Kraft der sozialistischen Staaten sowie die Aktionen der Friedenskräfte in den imperialistischen und den befreiten Ländern, die den Imperialismus veranlassen können, sich auf eine Politik der friedlichen Koexistenz einzustellen; aber es sind auch realistisch denkende Kreise der Monopolbourgeoisie, die besonders angesichts der möglichen Folgen eines Kernwaffenkrieges auf eine solche Politik drängen.

Entgegen „linken“ opportunistischen Auffassungen, daß die Politik der friedlichen Koexistenz vom Klassenkampf, vom Kampf gegen den Imperialismus, ablenke und der Leninschen Revolutionstheorie widerspräche, zeigt die Praxis, daß der Kampf um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung eine **Hauptform des Klassenkampfes gegen den Imperialismus und untrennbar mit dem Kampf für den sozialen Fortschritt verbunden** ist. Dieser Kampf sichert den sozialistischen Ländern eine vorteilhafte internationale Situation für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau und begünstigt damit die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten aller antiimperialistischen Kräfte. Sie vereitelt Versuche des Imperialismus, von inneren Widersprüchen und Schwierigkeiten durch die Anheizung internationaler Spannungen und die Entfaltung von Kriegsherden abzulenken und die Entfaltung des weltweiten revolutionären Prozesses durch militärische Aggressionen und Interventionen aufzuhalten. Die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz liegt letztlich auch im Interesse kapitalistischer Kreise, die an der Entwicklung sachlicher und gewinnbringender Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten interessiert sind, verstärkt die Differenzierung unter den imperialistischen Mächten und Blöcken sowie innerhalb der Monopolbourgeoisie und kann bewirken, daß deren reaktionärste Kreise zurückgedrängt und isoliert werden. Durch die Zusammenarbeit auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten wird es für die aggressivsten Kräfte der Monopolbourgeoisie schwieriger, ihr antagonistisches Verhältnis zum realen Sozialismus als „gesamtnationales Interesse“ auszugeben, und die Werktätigen vom Kampf um ihre wirklichen Interessen abzudrängen.

Unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz werden die Positionen der friedliebenden und demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern gestärkt, wird der Kampf um demokratische Rechte und für soziale Verbesserungen erleichtert. Die